



Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform

30. Sitzung (öffentlich)

9. Mai 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:00 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung 7

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt „Kulturhauptstadt 2010 – Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden sichern!“ abzusetzen, da der federführende Ausschuss den Antrag der Fraktion Drucksache 14/3476 bereits beraten hat.

1 Zweites Gesetz zum Bürokratieabbau (Bürokratieabbaugesetz II) 7

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4199

– Festlegung des Beratungsverfahrens

Der Ausschuss will in einem Obleutegespräch am 25. Mai einen Termin für eine Anhörung zu dem Thema suchen.

2 Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes 8

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4232

Der Ausschuss will den Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in die Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zu demselben Thema einbeziehen.

3 Gesetz zur Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr 9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2774

Ausschussprotokoll 14/369

Der Ausschuss kommt überein, keine Aussprache zu diesem Thema zu führen und beschließt den Gesetzentwurf der Landesregierung mit den Stimmen von CDU, Grünen und FDP gegen die Stimmen der SPD.

4 Gesetz über das Personaleinsatzmanagement Nordrhein-Westfalen (Personaleinsatzmanagement NRW – PEMG NRW) 10

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3975

Der Ausschuss kommt auf Anregung der SPD-Fraktion überein, heute auf eine Aussprache zu verzichten und diese im federführenden Ausschuss führen zu lassen, und stimmt mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen dem Gesetzentwurf der Landesregierung zu.

- 5 Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes sowie der Gemeindeordnung** 11
- Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2594
- Ausschussprotokoll 14/366
- Diskussion 11
- Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen den Gesetzentwurf ab.
- 6 Den Menschen in den Mittelpunkt stellen – Psychiatrieversorgung in NRW weiterentwickeln und ganzheitlich ausrichten** 12
- Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2105 - Neudruck
- In Verbindung damit:
- Psychische Erkrankungen frühzeitig erkennen und behandeln – durch verstärkte Aufklärung und niedrigschwellige Angebote zur Entstigmatisierung beitragen**
- Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2415
- Ausschussprotokoll 14/345
- Der Ausschuss verzichtet auf ein Votum zu den beiden Anträgen.

7 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) 13

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3976

– Diskussion 13

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/3976 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen.

8 Kulturhauptstadt 2010 – Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden sichern! 14

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3476

Der Ausschuss kommt überein, dass die Obleute am 25. Mai über das Thema beraten und nach einer Lösung suchen. Auf jeden Fall soll über den Antrag am 6. Juni entschieden werden.

9 Angebote zum „Flatrate-Saufen“ unterbinden 15

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4026

Der Ausschuss verzichtet auf ein Votum.

10 Keine Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung durch Ersatzvornahme! 16

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4247

Der Ausschuss kommt überein, Näheres bezüglich einer geplanten Anhörung zu dem Thema im Obleutegespräch am 25. Mai zu verabreden.

Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform
30. Sitzung (öffentlich)

09.05.2007
rß-be

Seite

Nächste Sitzung: Mittwoch, 6. Juni 2007

17

– Diskussion

17

Der Ausschuss will im nächsten Obleutegespräch den Entwurf der Entschädigungs-Verordnung für Mitglieder der kommunalen Vertretungen und Ausschüsse erörtern.

* * *

7 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3976

Vorsitzender Edgar Moron schickt voraus, der federführende Verkehrsausschuss habe am 2. Mai eine öffentliche Anhörung durchgeführt und wolle darüber in einer Sondersitzung am 5. Juni 2007 entscheiden, damit die Verabschiedung in zweiter Lesung noch vor der Sommerpause erfolgen könne. Deshalb sollte der AKV heute zur Abgabe eines Votums kommen.

Hans-Willi Körfges (SPD) meint, die Sozialdemokraten lehnten den Gesetzentwurf der Landesregierung im Einklang mit führenden Stimmen aus der kommunalen Familie ab. Man schließe sich diesbezüglich der kritischen Beurteilung der kommunalen Spitzenverbände in großen Teilen an. In dem Gesetzentwurf werde an der einen oder anderen Stelle sehr deutlich, dass er zulasten der Kommunen im ländlichen Raum gehe.

Horst Becker (GRÜNE) kündigt für seine Fraktion Ablehnung an.

Rainer Lux (CDU) und **Christof Rasche (FDP)** signalisieren für ihre Fraktion jeweils Zustimmung zu dem Gesetzentwurf.

Der **Ausschuss** stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/3976 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen.

